

V. Parteitag, ganz Berlin zu einer Stadt des Friedens und des Fortschritts zu machen, die Frontstadtpolitik in Westberlin zu beseitigen, normale friedliche und demokratische Verhältnisse in ganz Berlin zu schaffen und dadurch auch die Normalisierung des Verhältnisses von Westberlin zur Deutschen Demokratischen Republik zu ermöglichen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ergriff im September 1958 erneut die Initiative zur Vorbereitung eines Friedensvertrages. In gleichlautenden Noten an die Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs schlug sie vor, daß die vier Mächte eine Kommission bilden und Beratungen über die Vorbereitung eines Friedensvertrages beginnen. Der westdeutschen Regierung wurde vorgeschlagen, der Bildung einer Kommission aus Vertretern beider deutscher Staaten zuzustimmen, die einen deutschen Standpunkt zum Friedensvertrag erarbeiten sollte. Die Bonner Regierung lehnte diesen Vorschlag ab. Die Deutsche Demokratische Republik erwies sich als Interessenvertreter der deutschen Nation.

Die Sowjetregierung hatte Ende November 1958 den Vorschlag unterbreitet, Westberlin auf Grund seiner gefährlichen Rolle zu einer entmilitarisierten Freien Stadt zu machen. Das Zentralkomitee richtete von seinem 3. Plenum eine Adresse an das Zentralkomitee der KPdSU zur Lage in Westberlin und in Westdeutschland und zu den Aufgaben der Sicherung des Friedens. Dabei wurden folgende Gedanken dargelegt: Westberlin muß von den westlichen Besatzungsmächten, die mit Hilfe des Besatzungsregimes eine friedensfeindliche Politik durchführen, frei werden. Der Vorschlag der UdSSR ist deshalb so bedeutungsvoll, weil er dem Bedürfnis des gesamten deutschen Volkes nach Frieden entgegenkommt und den Interessen und der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik gerecht wird. Während in der Deutschen Demokratischen Republik alle Bestimmungen des Potsdamer Abkommens konsequent durchgeführt wurden, orientierten sich die Westmächte auf die Erhaltung und Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus. Sie spalteten gemeinsam mit den westdeutschen Konzernherren und Revanchepolitikern Deutschland. Die Entwicklung in Westdeutschland birgt für die Zukunft des deutschen Volkes und den Frieden in Europa außerordentliche Gefahren. Deshalb sehen auch die Vorschläge unserer Partei zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage vor allem den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages vor.

Auf dem 4. Plenum begrüßte das Zentralkomitee den Friedensver-